

Die Wohnkosten senken, statt den Mindestlohn zu erhöhen

Interview mit Jean-Jacques Rommes, Administrateur délégué der Union des Entreprises Luxembourgeoises (UEL) über den Mindestlohn, die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs und den Wohnungsmarkt.

Aus ihrer Sicht: Trägt der Mindestlohn zu einer gesunden Wirtschaft bei?

Jean-Jacques Rommes: Das ist eine schwierige Frage. In vielen Ländern Europas ist der Mindestlohn sozusagen ein Bestandteil der Kultur. Das Land aber, das die meisten Arbeitsplätze in den letzten Jahren schuf, ist Deutschland. Und in Deutschland gab es bis jetzt keinen flächendeckenden Mindestlohn. Wirtschaftlich gesehen gilt aber noch immer Henri Fords Grundüberlegung: Wenn ein Arbeiter sich das Auto, das er baut, nicht leisten kann, entsteht ein Nachfragedefizit, also ein wirtschaftliches Problem. Ein hoher Mindestlohn kann demnach die Nachfrage und auch die Produktivität steigern, aber diese Überlegung trifft eher auf Makroökonomien zu als auf eine Mikroökonomie wie Luxemburg. Wer in Luxemburg konsumiert, konsumiert importierte Güter. Die Wirtschaft Luxemburgs ist also auf den Export von Dienstleistungen angewiesen. Die Binnennachfrage spielt eine untergeordnete Rolle. Trotzdem müssen aber adäquate Löhne ausgezahlt werden. Das heißt, wenn jemand Vollzeit arbeitet, sollte er von seinem Gehalt leben können. In Luxemburg ist das im Prinzip der Fall. Es ist uns nicht daran gelegen, die sozialen

Errungenschaften Luxemburgs an sich in Frage zu stellen.

Heute beklagen sich Unternehmen in Luxemburg, dass der Mindestlohn zu hoch ist und sie deshalb Risiken eingehen, wenn sie unqualifizierte Arbeitslose einstellen.

Ist der Mindestlohn also hoch genug?

J.-J. R.: Hier muss man verschiedene Punkte beachten. Der Mindestlohn muss einen einigermaßen normalen Lebensstil absichern. Er muss jedoch auch im Verhältnis zum Mehrwert stehen, den ein Arbeitnehmer erzeugt. Denn sonst fehlt dem Arbeitgeber der Anreiz, Leute einzustellen. In Luxemburg ist es schwer dieses Verhältnis zu erreichen, weil der Mindestlohn so hoch ist. Wenn aber der Einzelne Probleme hat, einen gewissen Lebensstil zu erreichen, ist das nicht, weil der Mindestlohn zu niedrig, sondern weil die Lebenshaltungskosten – insbesondere die Wohnkosten – in Luxemburg zu hoch sind. Ob also der Arbeiter, der ein Auto baut, sich dieses auch leisten kann, ist nicht nur eine Frage des Gehalts, sondern

auch der Lebenskosten, die in den jeweiligen Ländern anfallen.

Die Wohnungspreise sind also aus Ihrer Sicht ein wesentlicher Faktor?

J.-J. R.: Die Wohnungsproblematik ist der Faktor, der die größten Probleme für die Lohnpolitik bereitet und die Wettbewerbsfähigkeit Luxemburgs aufs Spiel setzt. In Luxemburg sind die Verhältnisse zwischen Gehältern, durch Arbeitskraft erzeugter Mehrwert und Lebenskosten sozusagen „unter Stress“ geraten. Dies eben vor allem durch die hohen Mieten und Wohnkosten. Pauschal kann man sagen, dass die Miete bzw. die Wohnkosten nicht mehr als ein Drittel eines Gehalts einnehmen sollen. Dieses Verhältnis ist in Luxemburg oft nicht gegeben, insbesondere für Familien. Natürlich muss man in diesem Zusammenhang auch die Frage nach den Bedürfnissen der Bevölkerung stellen. Diese sind in den letzten Jahren gestiegen – heute wird der Besitz eines eigenen Computers nahezu als Menschenrecht erachtet. Alles unter einen Hut zu bekommen – sich Waren leisten können und sich auf dem begrenzten Wohnungsmarkt zurechtzufinden – ist nicht einfach. Insofern ist es nachvollziehbar, wieso der

luxemburgische Mindestlohn so hoch ist. Wir können aber keine Güter und Dienstleistungen exportieren, wenn diese zu teuer sind. Und sie werden umso teurer, desto höhere Löhne wir auszahlen.

Seit dem Fontagné-Bericht wird von Unternehmerseite öfters die Idee eines Salaire minimum formation vorgebracht – eines staatlich subventionierten Mindestlohns. Ist die Idee noch aktuell?

J.-J. R.: Ja, diese Idee ist noch aktuell. Wir wissen, dass der Staat Menschen Geld zahlt, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Dieses Geld ist aber in einem gewissen Sinne „verlorenes Geld“, weil Arbeitslose Geld erhalten, ohne produktiv zu sein. Zudem müssen die Betroffenen mit dem Stigma der Arbeitslosigkeit leben. Insofern wäre es klüger, wenn der Staat sich überlegen würde, wie er mehr Arbeitsplätze erhalten kann, und hierfür Geld ausgibt, anstatt Arbeitslosengeld auszuzahlen. Gesetzt den Fall, dass die Wertschöpfung einer Person einen Mindestlohn nicht rechtfertigt, dann könnte der Staat den Fehlbetrag kompensieren. Es gibt dazu verschiedene Modelle, wie der Staat dieses Defizit kompensieren könnte. Eine Idee wäre, die das Gehalt mitzufinanzieren, eine andere, die einer Wohnungszulage. Die Grundidee, dass der Staat für Menschen aufkommt, die ein Produktivitätsminimum nicht erreichen, also keinen Mehrwert schaffen, der im Verhältnis zu ihrem Gehalt steht – an dieser Idee halten wir fest. Zum Teil geschieht das auch schon heute.

Kann der Staat sich so ein Modell denn überhaupt leisten?

J.-J. R.: Das ist eine berechtigte Frage. Aber kann der Staat sich so viele Arbeitslose leisten, lautet meine Gegenfrage. Heute beklagen sich Unternehmen in Luxemburg, dass der Mindestlohn zu hoch ist und sie deshalb Risiken eingehen, wenn sie unqualifizierte Arbeitslose einstellen. Unternehmen sind darauf bedacht, Leute einzustellen, die produktiv sind, das heißt, dass sie einen gewissen Mehrwert schaffen sollen. Das führt dazu, dass sie nicht nur schauen, wer bei der ADEM eingeschrieben ist, sondern auch, ob in der Grenzregion qualifiziertes Personal bereit ist, in Luxemburg zu arbeiten.

Und diese Menschen sind bereit, jeden Tag weite Strecken zurückzulegen, weil luxemburgische Gehälter attraktiv sind – auch im Hinblick auf die niedrigen Wohnungspreise in deren Herkunftsländern. Beide Seiten sind Gewinner: Unternehmen stellen qualifiziertes Personal ein und die Grenzgänger erhalten ein interessantes Gehalt. Aber der luxemburgische Staat ist

[In Luxemburg werden] Leuten hohe Gehälter ausbezahlt, was dazu führt, dass das mittlere Einkommen steigt, und damit auch das relative Armutsrisiko. Das heißt aber nicht, dass wirklich mehr Leute einem Armutsrisiko ausgesetzt sind.

der Verlierer, denn dieses Verhältnis führt mit dazu, dass die Arbeitslosenzahl nicht sinkt obwohl die Unternehmen stets neue Arbeitsplätze schaffen. Wir stellen das Prinzip Mindestlohn aber an sich nicht in Frage, sondern – wie vorhin erwähnt – das Verhältnis zwischen den einzelnen wirtschaftlichen Faktoren.

Es scheint immer schwieriger Kollektivverträge abzuschließen. Hat dieses Modell ausgedient?

J.-J. R.: Nein. Ich habe auch nicht das Gefühl, dass das Kollektivvertragswesen in der Krise ist. Die Verhandlungen für Kollektivverträge sind schwierig, vor allem seit 2008. Denn seit 2008 sind die Gehälter in Luxemburg gestiegen, obwohl die Produktivität durch die Krise stagnierte. Die Unternehmen haben also Schwierigkeiten diese Gehälter auszuzahlen. Aber es stimmt nicht, dass dieses Modell Einbußen verbucht. Außerdem haben wir auch kaum Sozialkonflikte, auch wenn einzelne Probleme in Betrieben immer wieder aufgebauscht werden.

Was ist die Rolle des Staates in der Lohnpolitik?

J.-J. R.: Die Politik wirkt auf verschiedenen Ebenen auf den Mindestlohn und die Lohnpolitik ein: die Höhe des Mindestlohn, dessen regelmäßige Anpassung – das „Ajustement“ und den Index. Dazu kommt noch das Gehälterniveau im öf-

fentlichen Dienst. Die Frage nach der Art und Weise, wie der Staat auf die Gehälter einwirkt, stellt sich für die UEL vor allem in Bezug auf die Lohnindexierung allgemein. Das „Ajustement“ befürworten wir allerdings auch nicht, eben weil ein hoher Mindestlohn verschiedene Probleme mit sich bringt.

Das relative Armutsrisiko steigt. Ist der soziale Frieden durch die zunehmende Lohnschere nicht gefährdet?

J.-J. R.: Ich bin sehr skeptisch, was die Statistiken zum Armutsrisiko angeht. Die Grenze für das Armutsrisiko ist auf 60 % des mittleren Gehalts (*salaire médian*) festgelegt. Hier spricht man vom „risque de pauvreté relative“. Was diese Begriffe bedeuten, wissen die Wenigsten. Sie haben mit Armut nichts zu tun, sondern berechnen lediglich ein Risiko gegenüber einem mittleren Wert. Bekannt ist, dass Luxemburg Arbeitsplätze für Hochqualifizierte schafft, die viel Geld verdienen, aber die auch Dienstleistungen und Produkte mit einem großen Mehrwert schaffen. Diese wirtschaftliche und politische Priorität führt auch dazu, dass wir soziale Beihilfen gewährleisten können. Aber diese Leute erhalten hohe Gehälter, was dazu führt, dass das mittlere Einkommen steigt, und damit auch das relative Armutsrisiko. Das heißt aber nicht, dass wirklich mehr Leute einem Armutsrisiko ausgesetzt sind. Natürlich aber tragen diese Berechnungen dazu bei, dass man die Schere zwischen arm und reich besser im Auge behält.

Vielen Dank für das Gespräch! ♦

Das Interview wurde am 11.11.2014 geführt. Die Fragen stellten Laurent Schmit und Stephanie Majerus.